

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 53. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/053/2018)

am Donnerstag, 14. Juni 2018,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:30 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Daniela Walter

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Anja Stephan

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tina Siebeneicher

FDP/FB-Fraktion

Barbara Lässig

Fraktion Alternative für Deutschland

Maik Augustin

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Melanie Hörenz-Pissang

Juliana Schneider

Peter Streubel

beratende Mitglieder

Markus Degenkolb

Claus Lippmann

Roland Wirlitsch

Georg Zimmermann

Sabine Bibas

Ekaterina Kulakova

Sven Liebert

Anke Lietzmann

Sven Marschel

Jan Pratzka

Gunther Reinsch

Hartmut Vorjohann

Stellvertretende Mitglieder

Claudia Joseit

Angelika Malberg

Renate Möbius

Janett Schmiedgen

Daniel Wendt

Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Vertretung für Herrn Marcel Duparré

Vertretung für Herrn Jan Güldemann

Vertretung für Herrn Carsten Schöne

Abwesend:**Vorsitzender**

Dirk Hilbert

CDU-Fraktion

Marcel Duparré

stimmberechtigte Mitglieder

Jan Güldemann

Carsten Schöne

beratende Mitglieder

Thomas Wünsche

Christian Georgi

Sascha König-Apel

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Rüdiger Zwickirsch

Verwaltung:

Frau Eulitz

Rechtsamt

Frau Lemm

GB Bildung und Jugend

Herr Dr. Kühn

Jugendamt

Frau Harder

Jugendamt

Frau Dreißig

Jugendamt

Frau Puschbeck

Jugendamt

Frau Greif

Jugendamt

Gäste:

Herr Hinz

Independent Living gGmbH

Frau Förster

Verbund Sozialpädagogischer Projekte e. V.

Schriftführerin:

Frau Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G**Öffentlich**

- 1 Kontrolle der Niederschrift vom 26. April 2018
- 2 Informationen/Fragestunde - Bericht Steuerungsgruppe
- 3 Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Aufbau- und Ablaufstrukturen von Planungskonferenzen

V2246/18
1. Lesung
(beschließendes

Gremium)

- | | | |
|-----------|---|--|
| 4 | Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2018/2019 | V2155/18
beratend
(federführend) |
| 5 | Einführung eines trägerübergreifenden Systems zur Anmeldung, Platzvergabe, Platzverwaltung und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Landeshauptstadt Dresden ("E-Kita 2.0") | V2153/18
beratend
(federführend) |
| 6 | Jugendbeteiligung ernst nehmen – Umsetzung des neuen § 47a der SächsGemO | A0441/18
1. Lesung
(federführend) |
| 7 | Grundsatzbeschluss zur Verwendung der Mittel im Präventionsbudget | A0446/18
beschließend |
| 8 | Ergebnisse der Interessenbekundung Schulsozialarbeit | A0445/18
beschließend |
| 9 | Umsetzung Beschluss A0390/17 - Redaktionsgruppe | A0447/18
beschließend |
| 10 | Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2017/2018 (V2041/17) - selbstverwalteter Jugendtreff Weixdorf (Pastor-Roller-Straße 14 a) | A0448/18
beschließend |
| 11 | Sicherstellung des Kindeswohls bei Abschiebungen | A0391/17
beratend |
| 12 | Berichte aus den Unterausschüssen | |

Nicht öffentlich

- 13** Informationen

öffentlich**Einleitung:**

Frau Lässig begrüßt stellvertretend für den abwesenden Vorsitzenden die Mitglieder und Gäste zur heutigen 53. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Die Ladung sei sowohl form- als auch fristgerecht ergangen, die Beschlussfähigkeit sei erreicht.

TOP 4, TOP 5 und TOP 11 werden heute vertagt, da das Votum der Unterausschüsse noch nicht vorliege.

Frau Lietzmann wird als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss begrüßt und stellt sich unter TOP 2 kurz vor.

Frau Walter beantragt die Vertagung von TOP 6, da Herr Duparré heute verhindert sei und den Antrag gerne persönlich einbringen möchte.

Frau Lässig bittet um Abstimmung des Antrages auf Vertagung zu TOP 6.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

14 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen.

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Anmerkungen, sodass diese einstimmig bestätigt wird.

1 Kontrolle der Niederschrift vom 26. April 2018

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen. Sie wird einstimmig bestätigt.

2 Informationen/Fragestunde - Bericht Steuerungsgruppe

Ihr Auftrag als Kinderbeauftragte sei es, die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu vertreten, hebt **Frau Lietzmann** hervor. Sie sehe ihre Aufgabe darin, den demokratischen Prozess von Kindern und Jugendlichen anzukurbeln. Dafür benötige sie aber Bündnispartner. Daher hätte sie Kontakt mit den Fraktionen gesucht. Sie hoffe, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses die Interessen der Kinder und Jugendlichen vertreten könne.

Frau Greif und **Frau Förster** erläutern den Bericht der Steuerungsgruppe, bereits zugestellt am 12. Juni 2018 mit der Information Nr. 8/2018.

Frau Bibas schildert einen Fall in einer kommunalen Kita, wo es zu Übergriffen gekommen sei.

Herr Stadtrat Kießling fände es angemessen, wenn der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung (EB Kita) vor der Presse über solche Fälle informiert werden.

Frau Bibas erwidert, es sei nicht hilfreich, wenn solche Fälle an die Presse weiter gegeben werden. Eine Mutter hätte dies trotzdem getan. Auch aus ermittlungstaktischen Gründen sei es wenig hilfreich, einen großen Personenkreis einzubeziehen. Die Anweisungen der internen Dienstanweisung des EB Kita seien sofort umgesetzt worden.

Frau Stadträtin Siebeneicher führt aus, das Konzept der Straßenschule hätte im März 2018 ein ablehnendes Votum des Jugendhilfeausschusses erhalten. Das Konzept der Straßenschule sollte

Frau Stadträtin Siebeneicher führt aus, das Konzept der Straßenschule hätte im März 2018 ein ablehnendes Votum des Jugendhilfeausschusses erhalten. Das Konzept der Straßenschule sollte noch einmal überarbeitet werden und wenn es für gut befunden werde, sei eine Förderung durchaus möglich. Sie möchte wissen, ob es mittlerweile von Seiten des Jugendamtes einen Bescheid an den Träger gebe.

Das Konzept zur Straßenschule sei geprüft worden, antwortet **Herr Lippmann**. Die Meinung des Jugendamtes müsse noch mit verschiedenen Ämtern usw. abgestimmt werden. Am 3. Juli 2018 erfolge die Abstimmung mit dem Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung (folgend: LaSuB), danach würden der Jugendhilfeausschuss und der Träger informiert. Die Förderung des Projektes sei bisher über das Sozialamt erfolgt. Die Summe der Förderung sei nicht gerade gering. Wenn das Projekt „Straßenschule“ fortgeführt werde, betreffe dies auch das Jahr 2019. Formal könne nur eine Förderung, wahrscheinlich nur bis Ende 2018, beschlossen werden.

Wenn die Entscheidung nicht mehr vor den Sommerferien erfolge, hätte der Träger keine Planungssicherheit, hebt **Frau Stadträtin Siebeneicher** hervor.

Herr Lippmann erläutert, die Verwaltung bemühe sich, die Konzeption sei schnellst möglich geprüft worden, es müssten aber noch Abstimmungen erfolgen. Dass der Zeitablauf für den Träger nicht optimal sei, sei bekannt. Aber die Abläufe seien jetzt so.

Frau Lietzmann fragt, ob es für den Träger eine Überbrückung gebe, damit das Projekt überhaupt starten könne.

Die Zeitschiene und weitere Informationen würden mit dem Träger besprochen, gibt **Herr Lippmann** bekannt.

Weiteren Gesprächsbedarf gibt es nicht.

- | | | |
|---|---|---|
| 3 | Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Aufbau- und Ablaufstrukturen von Planungskonferenzen | V2246/18
1. Lesung
(beschließendes Gremium) |
|---|---|---|

Herr Dr. Kühn führt in die Vorlage ein.

Weitere Fragen gibt es nicht. **Frau Lässig** beendet die 1. Lesung.

- | | | |
|---|--|--|
| 4 | Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2018/2019 | V2155/18
beratend
(federführend) |
|---|--|--|

Vertagung

- | | | |
|----------|--|---|
| 5 | Einführung eines trägerübergreifenden Systems zur Anmeldung, Platzvergabe, Platzverwaltung und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Landeshauptstadt Dresden ("E-Kita 2.0") | V2153/18
beratend
(federführend) |
|----------|--|---|

Vertagung

- | | | |
|----------|---|--|
| 6 | Jugendbeteiligung ernst nehmen – Umsetzung des neuen § 47a der SächsGemO | A0441/18
1. Lesung
(federführend) |
|----------|---|--|

Vertagung

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 7 | Grundsatzbeschluss zur Verwendung der Mittel im Präventionsbudget | A0446/18
beschließend |
|----------|--|----------------------------------|

Der Antrag wird von **Herrn Stadtrat Kießling** eingebracht. Unter Beschlusspunkt 6 a bittet er um Korrektur, es handle sich wohl um einen Übertragungsfehler und müsse „insgesamt 17 Stellen“, nicht sieben Stellen heißen. Der Antrag müsse noch vor der Sommerpause beschlossen werden.

Herr Bürgermeister Vorjohann plädiert dafür, dass der Antrag heute in 1. Lesung behandelt werden soll. Die Evangelische Hochschule (folgend: EHS) hätte ein paar „good practice“ Beispiele aus Dresden angeführt. Die Verwaltung würde gerne zu dem Antrag einen Beschlussvorschlag unterbreiten, der u. a. an das Beispiel der EHS anknüpfe. Der Abenteuerspielplatz „Panama“ hätte z. B. ein niederschwelliges Kontaktangebot, das die Kinder erst einmal an die Hand nehme und dann weiter vermittelt. Dieses Angebot solle systematisiert werden. Für jeden Sozialarbeiter, der in diesem Bereich tätig sei, soll ein pauschales Budget von 450 Euro pro Person bereitgestellt werden. Damit soll für dieses ganz niederschwellige Angebot Raum geschaffen werden. Dies bedeute einen Gesamtbetrag von 100.000 Euro pro Jahr. Das Familienklassenzimmer setze auf eine enge Zusammenarbeit der beiden Säulen Schule und Jugendhilfe. Dieses Instrument sollte auch an anderen Schulen eingesetzt werden.

Der Oberbürgermeister hätte gestern in einer Pressekonferenz bekannt gegeben, dass ein größerer Betrag in Millionenhöhe für den neuen Haushalt bereitgestellt werde, um in schwierigen Sozialräumen Ausgleich zu schaffen für Kinder und Jugendliche. Die Verwaltung würde gerne einen alternativen Beschlussvorschlag in den Jugendhilfeausschuss einbringen und mit den Mitgliedern diskutieren.

Frau Schneider spricht sich dafür aus, den Antrag heute in 1. Lesung zu behandeln.

Was die Verwaltung zu dem Antrag angedacht hätte, sollte sich der Jugendhilfeausschuss schon anhören, führt **Frau Stadträtin Walter** aus. Daher beantragt sie, dass der Antrag heute in 1. Lesung behandelt werden soll und die UA sich noch einmal mit dem Thema befassen.

Herr Stadtrat Kießling spricht sich gegen eine Vertagung aus. Aus seiner Sicht führen die Vorschläge der Verwaltung ins absolute Chaos. Die EHS schlage nicht vor, die Beispiele zu fördern,

sondern diese hätten einen anregenden Charakter. Wenn einzelne Beispiele der EHS zum Fördergegenstand gemacht werden, verstoße man gegen den Bewerberverfahrensanspruch. Dies bedeute, dass ein Interessenbekundungsverfahren, ohne dass dafür Kriterien vorliegen, durchgeführt werden müsse.

Frau Lässig bittet um Abstimmung zu dem Antrag auf Vertagung von Frau Stadträtin Walter.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

11 Ja 0 Nein 3 Enthaltungen

Herr Stadtrat Kießling bittet die Einreicher festzulegen, welcher UA sich damit befassen soll. Außerdem beantragt er zu dem Antrag eine Sondersitzung vor der Sommerpause.

Frau Stadträtin Walter empfiehlt, dass der Antrag im UA Planung beraten werden soll.

Frau Lässig stellt den Antrag auf Sondersitzung vor der Sommerpause zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

8 Ja 6 Nein 0 Enthaltungen

Der UA HzE hätte sich mit den Schrittfolgen des sozialräumlichen Arbeitens beschäftigt, erklärt **Frau Schneider**. Daher wäre es vorteilhaft, dass sich der UA HzE nach der Beratung im UA Planung mit dem Thema auseinandersetze.

Frau Stephan schlägt vor, dass die Federführung beim UA Planung bleibe. Es sei klar beschrieben, wo die Zuständigkeiten der UA liegen.

Frau Lässig schlägt vor, dass aus Zeitgründen der UA HzE und der UA Planung eine gemeinsame Sitzung durchführen könnten.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. **Frau Lässig** schließt den Tagesordnungspunkt.

8 Ergebnisse der Interessenbekundung Schulsozialarbeit

**A0445/18
beschließend**

Herr Stadtrat Kießling bringt den Antrag ein.

Frau Stephan bringt die Beschlussempfehlung des federführenden UA Förderung ein.

Frau Dahl bringt einen Ergänzungsantrag ein.

Die Entwicklung des Verfahrens zur Bewertung sei sehr mühsam gewesen, erläutert **Frau Hörenz-Pissang**. Jetzt sei es so gewesen, dass eine Schulleitung sich auf einen Träger festgelegt hätte und die anderen Bewerber mit Null gewertet hätten. Dies sei nicht im Sinne des Verfahrens gewesen. Wenn es für einen einzelnen Träger eine Null-Bewertung gebe, sei dieser mehr

oder weniger aus dem Verfahren ausgeschlossen. Sie wirbt dafür, dass mit den betroffenen Schulen noch einmal das Gespräch gesucht werde, damit eine differenzierte Bewertung erfolge. Das Verfahren sehe sie grundsätzlich kritisch. Sie interessiert, was dann weiter passiere, wenn die Schulleitung bis zum 30. Juni 2018 ein Veto einlege.

Die Verwaltung werde dann einen neuen Vorschlag vorlegen, antwortet **Frau Stephan**.

Herr Liebert erklärt, die Schulkonferenz empfehle, welcher Träger bzw. Schulsozialarbeiter genommen werden soll. In den meisten Schulen seien schon durch andere Förderung Schulsozialarbeiter vor Ort. Diese würden natürlich bevorzugt, da bisher schon eine gute Zusammenarbeit erfolgte. Den Schulen die Kompetenzen zu entziehen und nur ein Vetorecht zu erteilen, halte er für ungünstig und führe zu mehr Verwaltungsaufwand. In erster Linie müssten Schule und Schüler mit dem Sozialarbeiter zurechtkommen.

Es handle sich um eine Schule, wo vom bepunkteten Votum abgewichen worden sei, konstatiert **Frau Stephan**.

Herr Lippmann denkt es sei legitim, wenn im Rahmen der Anwendung eine kleine Novellierung erfolge. Die Fokussierung auf eine Person bei einer so langfristigen Strukturentscheidung sollte bedacht werden. Im Zuge der Bewertung seien regelmäßig die freien Träger bepunktet worden, es sei zu hinterfragen, ob dies für die Zukunft sinnvoll sei. Die Fördergelder vom Land stünden bereit und es wäre gut, wenn heute ein Beschluss gefasst werde, damit die Schulsozialarbeit beginnen könne.

Herr Stadtrat Kießling stellt in Frage, ob ggf. auch die Rankingkriterien überprüft werden sollen. Dem Jugendhilfeausschuss sei es wichtig, dass eine Entscheidung getroffen werde, die rechtssicher sei.

Herr Reinsch meint, der Antrag sollte heute beschlossen werden, damit die Fördermittel nicht verloren gehen. Bei der Vielzahl an Schulen könne es schon passieren, dass der Jugendhilfeausschuss zu einem anderen Ergebnis komme als die Schulen.

Frau Lässig bittet um Abstimmung über den Ergänzungsantrag von Frau Dahl.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

Folgende Befangenheiten werden vor Eintritt in die Abstimmung angezeigt:

Frau Möbius	„Kindervereinigung Dresden e. V.“
Herr Kießling	„KulturLeben Dresden UG“
Herr Wendt	„AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH“

Die jeweiligen befangenen Mitglieder nehmen beim betreffenden Punkt nicht an der Abstimmung teil und rücken in den Zuschauerbereich.

Frau Lässig bittet um Abstimmung über die Beschlussempfehlung des federführenden UA Förderung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Abstimmungsergebnis:

Anlage 1

Lfd. Nr. 2

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

**Herr Wendt befangen*

Lfd. Nr. 4 und 8

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

**Herr Kießling befangen*

Restliche lfd. Nummern

14 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

Anlage 2

Lfd. Nr. 11 und 14

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

**Herr Kießling befangen*

Lfd. Nr. 16

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

**Herr Wendt befangen*

Restliche lfd. Nummern

14 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

Anlage 4

Lfd. Nr. 12 und 14

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

**Frau Möbius befangen*

Lfd. Nr. 22, 24 und 27

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

**Herr Wendt befangen*

Lfd. Nr. 33

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

**Herr Kießling befangen*

Restliche lfd. Nummern

14 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zustimmung

Vorlage mit Ergänzung und Anlage 3

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die durch die Verwaltung des Jugendamtes durchgeführte Bewertung der Träger der freien Jugendhilfe gemäß Anlage 1 zur Kenntnis. Die Entscheidung für die Auswahl der Träger wird abweichend vom Beschluss A0305/17 („Auswahlverfahren zur Findung von Schulstandorten, an den kommunal (mit)finanzierten Projekten der Schulsozialarbeit etabliert und/oder erweitert werden: Prioritätensetzung/Vergabeverfahren“) ausschließlich unter Anwendung des Bewertungskriteriums „Konzept“ getroffen. Der Jugendhilfeausschuss bestätigt folgende Auswahl an Trägern der freien Jugendhilfe für die genannten Schulen:
 - 10. Oberschule/Sportoberschule – Sportjugend Dresden im SSBD e. V.
 - Oberschule Weißig – AWO gGmbH
 - 25. Oberschule – Sportjugend Dresden im SSBD e. V.
 - 88. Oberschule – KulturLeben Dresden UG (haftungsbeschränkt)
 - 66. Oberschule – FAW gGmbH Dresden
 - 82. Oberschule – Landesverband Sächsischer Jugendbildungswerke e. V.
 - 32. Oberschule – Verbund Sozialpädagogischer Projekte e. V.
 - 145. Oberschule – Landesverband Sächsischer Jugendbildungswerke e. V.
 - Schule für Erziehungshilfe „Am Leubnitzbach“ – Internationaler Bund IB Mitte gGmbH für Bildung und Soziale Dienste

Der Schulleitung obliegt, in Bezug auf die getroffene Auswahl des für die jeweilige Schule beschlossenen Trägers der freien Jugendhilfe, das Vetorecht. Für den Fall, dass die Schulleitung eine Kooperation mit dem ausgewählten Träger der freien Jugendhilfe ausschließt, ist dies gegenüber der Verwaltung des Jugendamtes bis zum 30. Juni 2018 schriftlich anzuzeigen.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der jeweils ausgewählten Träger gemäß Anlage 2.
3. Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Ranking aller Schulstandorte in Dresden gemäß Anlage 3 zur Kenntnis.
4. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortführung und Anpassung der bisher geförderten Angebote Schulsozialarbeit, welche gemäß Förderrichtlinie Schulsozialarbeit des Freistaates Sachsen ab 1. August 2018 finanziert werden, gemäß Anlage 4, laufende Nummer 1 bis 35.
5. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fachkraftaufstockung für die Angebote gemäß Anlage 4, laufende Nr. 36 und 37.
6. Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss bis zum 31.10.2018 über notwendige Aktualisierungen zu den Kriterien aus A0305/17 und zum regionalen Gesamtkonzept zu berichten und ggf. bis zum Jahresende einen entsprechenden Beschlussvorschlag einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

9 Umsetzung Beschluss A0390/17 - Redaktionsgruppe**A0447/18
beschließend**

Der Antrag wird von **Frau Stephan** eingebracht. Sie schlägt folgende Besetzung für die Redaktionsgruppe vor: Herr Dr. Kühn (Verwaltung), Herr Schöne (freie Träger) und Frau Stephan (Fraktion).

Weiteren Gesprächsbedarf gibt es nicht. **Frau Lässig** tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Der Unterausschuss Hilfen zur Erziehung erarbeitet auf Grundlage der „Rahmenkonzeption für die Weiterentwicklung der Dresdner Kinder- und Jugendhilfe nach den Prinzipien der Sozialraumorientierung“ eine Definition des Begriffs Sozialraum und beschreibt die Ziele der Sozialraumorientierung in Dresden.

Dafür wird eine Redaktionsgruppe aus einem/einer Vertreter/-in der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, einem/einer Vertreter/-in der freien Träger im Jugendhilfeausschuss und einem/einer Vertreter/-in der im Jugendhilfeausschuss vertretenen Fraktionen eingerichtet.

Die Ergebnisse werden nach einer Beteiligungsphase der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII im Jugendhilfeausschuss am 8. November 2018 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

**10 Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2017/2018
(V2041/17) - selbstverwalteter Jugendtreff Weixdorf (Pastor-Roller-Straße 14 a)****A0448/18
beschließend**

Frau Stephan gibt den Bericht des UA Förderung ab.

Folgende Befangenheit wird vor Eintritt in die Abstimmung angezeigt:

Frau Dahl „Stadtjugendring Dresden e. V.“

Das befangene Mitglied nimmt nicht an der Abstimmung teil und rückt in den Zuschauerbereich. **Frau Lässig** bittet um Abstimmung in Form der Beschlussempfehlung des UA Förderung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die weitere Förderung der laufenden Nummern 5 und 6 der Liste 1 Anlage 2 des Beschlusses V2041/17. Die im Beschluss genannte Übergangsfrist wird bis zum 31.12.2018 verlängert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

11 Sicherstellung des Kindswohls bei Abschiebungen**A0391/17
beratend**

Vertagung

12 Berichte aus den Unterausschüssen

Herr Stadtrat Kießling erklärt als Vorsitzender des UA Planung, der Antrag A0391/17 müsse noch im UA beraten werden.

Der UA HzE werde am 18. Juni 2018 tagen, gibt **Frau Stephan** bekannt.

Der UA Förderung, weist **Frau Stephan** hin, hätte bis zu seiner nächsten Sitzung für den Doppelhaushalt 2019/2020 um eine Zeitschiene zur Förderberatung sowie eine Förderliste der Förderung für die freien Träger gebeten.

Weitere Berichte gibt es nicht.

Da es auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung keinen weiteren Informationsbedarf gibt, bedankt sich **Frau Lässig** für die Aufmerksamkeit und beendet die Sitzung.



Barbara Lässig
Vorsitzende



Tina Siebeneicher
Stadträtin



Monika Weber
Schriftführerin



Maik Augustin
Mitglied